

„Die Kurden in Syrien“

Vortrag von Rosa Burc, Politikwissenschaftlerin, Universität Bonn

Die Kurd_innen in Syrien sind heute hauptsächlich durch ihre militärische Effizienz im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) bekannt. Das erste Mal, dass der Westen und die restliche Welt von den Kurd_innen in Syrien hörte war im Grunde erst vor zwei Jahren, im August 2014. Damals waren es die Kämpfer_innen der kurdischen Miliz YPG und YPJ, die einen sicheren Korridor von Shengal nach Nordsyrien öffneten, um die Êzîden in ihrer Not zu retten. Nicht nur, dass die internationale Gemeinschaft zum ersten Mal von der Leidensgeschichte der Bevölkerungsgruppe der Êzîden hörte, war sie auch zum ersten Mal mit der kurdischen Selbstverwaltungsstruktur in Nordsyrien, in Rojava/ Westkurdistan konfrontiert. Eine Region, die es mitten im syrischen Bürgerkrieg schaffte Menschen Zuflucht zu gewähren und die bereits in den Jahren vorher gegen islamistische Gruppen wie die Al-Nusra Front kämpften. Viel wichtiger jedoch ist, dass die Kurd_innen in Rojava seit vielen Jahren alternative Regierungsmodelle versuchen de-facto zu errichten. Sie definieren sich also nicht nur über den Kampf gegen externe Akteure wie den IS, sondern über ihr Streben nach politischer Selbstbestimmung.

Diese Podiumsdiskussion sucht nach verschiedenen Antworten auf die Kurdenfrage, insbesondere jedoch im Hinblick auf die Frage, inwieweit die Kurden im Mittleren Osten einen Stabilisierungsfaktor darstellen. Die Entwicklungen in Syrien und insbesondere in Rojava zeigen, dass die Kurd_innen in zweifacher Hinsicht zur Stabilität in der Region beitragen können. Auch wenn die Rolle der Kurden nicht nur darauf reduziert werden sollte, darf die militärische Effizienz im Kampf gegen den IS nicht unterschätzt werden. Die Kurd_innen haben den IS aus großen Teilen der Region weggedrängt und stellen allein aus diesem Grund einen Stabilisierungsfaktor dar. Hinzu kommt, dass durch die Einführung eines neuen Regierungsmodells

an Stelle des syrischen Ba'ath Zentralismus' die Region auch politisch aufgebaut, sprich stabilisiert wird.

Strategisch im Kampf gegen den IS und politisch beim demokratischen Wiederaufbau des Landes haben sich die Kurden als entscheidender Akteur bewiesen.

Am 17. März 2016 wurde die autonome Region „Demokratische Föderation Nordsyrien-Rojava“ ausgerufen. 31 Parteien und 200 Delegierte unterzeichneten im Anschluss an eine zweitägige Versammlung in Rimelan eine Deklaration zur Ausrufung der Autonomie. Vertreten waren u.a. die drei Selbstverwaltungen Kobanê, Afrîn und Cîzîre, sowie Gebiete wie Tel Abyad oder Teile der Region Aleppo, die alle ihren politischen Willen in der Deklaration materialisierten. Ziel sei die Bildung eines zusammenhängenden, autonomen Gebiets, das föderal organisiert werden soll. Es handelt sich in der Ausgestaltung um ein Regierungsmodell nach den Prinzipien des libertären Munizipalismus.

Föderalismus ist nichts Neues im Mittleren Osten, jedoch handelt es sich oftmals um ethnischen Föderalismus, sprich eine Territorialisierung nach ethnischen oder religiösen Kategorien. Im Falle Rojavas haben wir es jedoch nicht mit einem ethnischen Föderalismus zu tun, sondern mit einem Modell das auf basisdemokratischen Strukturen aufgebaut ist und versucht die multikulturelle Beschaffenheit und Heterogenität der gesamten Region in die Regierungsform einzubinden.

Diese Art der neuen Gesellschaftsordnung wird *Demokratische Autonomie* genannt und unterscheidet sich von staatszentrierten Autonomiemodellen. Die Idee hinter der *Demokratischen Autonomie* ist, dass Kommunen gebildet werden, diese in Räten in Dörfern oder Stadtteilen zusammenkommen und sich dann in einem nächsten Schritt zu einem konföderalen System vernetzen.

Die Räte werden basisdemokratisch mit einem auf Ethnie und Geschlecht beruhenden Proporz zusammengesetzt.

Die Theorie des libertären Munizipalismus geht zurück auf Murray Bookchin, Hauptvertreter des Öko-Anarchismus und wurde von Abdullah Öcalan, Gründer und Ideenvater der PKK, aufgegriffen und mit Blick auf die kurdische Realität weiterentwickelt. Er passte die Thesen Bookchins an die gesellschaftspolitische Situation im Mittleren Osten, insbesondere auf die kurdische Erfahrung mit (Nicht-) Staatlichkeit an und sprach der Rolle der Frau eine zentrale Wichtigkeit zu. Öcalan fasst seine Thesen zusammen im Konzept der *Demokratischen Autonomie* (Demokratischer Konföderalismus) und bietet neue Lösungswege aus den unfreien Strukturen im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat.

Mit der tatsächlichen Verwirklichung dieses Projektes ist die KCK beschäftigt, die Union der Gemeinschaften Kurdistans, die das Ziel verfolgt das Konzept der *Demokratischen Autonomie* in allen vier Teilen Kurdistans als Ausweg aus der Kurdenfrage einzuführen. Für die KCK ist dieses Modell vor allem ein dritter Weg aus dem kurdischen Dilemma, welches sich zwischen der Negierung jeglicher Selbstbestimmungsrechte durch zentralistische Staaten und der Forderung nach Separatismus abspielt. Der Anspruch ist, dass der libertäre Munizipalismus in Form von *Demokratischer Autonomie* eine Alternative zum hegemonialen und ethnischen Nationalstaatsprinzip sein soll.

Das herrschende Nationalstaatsprinzip in Syrien, insbesondere aber auch in der Türkei muss im direkten Zusammenhang mit dem politischen Willen der Kurden in der Region verstanden werden. Dass die Kurd_innen in Syrien und auch in der Türkei nationale und zentralistische Staatlichkeit ablehnen – nicht nur für die Staaten in denen sie leben, sondern auch für sich selbst – lässt sich nur durch die systematische Negierung jeglicher Selbstbestimmung für die

Kurd_innen durch eben solche ethnisch und territorial kodierten Nationalstaaten verstehen.

Aus diesem Grund lässt sich sagen, dass jenseits sprachlicher, religiöser Unterschiede oder auch geographischer Nähe der verschiedenen kurdischen Völker der Blick auf das Verhältnis zur „Staatsfrage“ entscheidend ist, wenn wir ein Verständnis für kurdische Perspektiven im Mittleren Osten entwickeln möchten. Demokratische Autonomie als alternatives Regierungsprinzip ist eben eine Artikulation des politischen Willens als Antwort auf die eigene unfreie Erfahrung mit Staatszentrismus.

Heute sind es die Kurd_innen in Syrien, die es aus einer Konfliktsituation heraus geschafft haben ihren politischen Willen ganz klar und deutlich zu artikulieren und umzusetzen. Dieser politische Wille, so wie er in der Deklaration vom 17. März steht, bietet einen dritten Weg aus dem Syrienkrieg. Kurd_innen und andere Gruppen, die sich weder von der syrischen Opposition, noch vom Assad-Regime vertreten sehen haben sich diesem dritten Weg angeschlossen. Diese Bevölkerungsgruppen, ob kurdisch oder arabisch, organisieren sich im Parteienbündnis TEV-DEM (Bewegung für eine demokratische Gesellschaft) und stellen ein Gegengewicht zum Syrischen Nationalrat dar.

Die Rücksichtnahme auf die multiethnische Beschaffenheit der Region ist nicht nur in den politischen Vorstellungen eines Rojavas als Vorläufer eines dezentralen, demokratischen und säkularen Syriens zu sehen, sondern auch in realpolitischen Entscheidungen. Die dominante kurdische Partei PYD, die u.a. zur KCK gehört und dessen Streitkräfte die YPG/J sind hat den neuen Dachverband „Demokratischer Rat Syriens“ ins Leben gerufen, um sicherzustellen, dass auch nicht-kurdische Regionen und Gruppen Teil des regierenden Rates werden und sich nicht entfremdet fühlen. Im Oktober 2015 wurde dann das dazugehörige Militärbündnis „Demokratische Kräfte Syriens“

gegründet mit dem Ziel auch Gebiete vom IS zu befreien, die nicht mehrheitlich kurdisch bevölkert sind. Ganz aktuell ist hier beispielsweise die Manbij-Offensive zu nennen. Manbij ist in zweifacher Hinsicht eine wichtige Stadt: Zum einen wird sie von von Assyrern, Kurden, Arabern und anderen Bevölkerungsgruppen bewohnt und ist dadurch eine traditionell pluralistische Stadt. Zum anderen handelt es sich bei Manbij um eine strategisch wichtige Region, die sich zwischen Jarablus und Raqqa, sowie in unmittelbarer Nähe zu Aleppo und zur wichtigen Wasserquelle Euphrat befindet. Der IS sichert hauptsächlich über die Manbij-Route seine Logistik zwischen Irak und Syrien. Die Befreiung der Stadt und der umliegenden Dörfer wird geleitet von einem arabischen Militärbündnis des Dachverbandes „Demokratischer Rat Syriens“ und zeigt u.a., dass das Projekt Rojava kein ethnisch kurdisches Projekt darstellt, sondern das Ziel verfolgt eine alternative Herrschaftsform jenseits von religiösen und ethnischen Paradigmen zu schaffen ohne nationale Hegemonieansprüche zu stellen.